

# AG 60 plus: Newsletter Nr. 8

31.7.15

Dieser Newsletter ist ein Service des Bundesvorstandes der AG 60 plus.

Er wird ehrenamtlich erstellt und erhebt deshalb keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder ein übermäßig ausgefeiltes Layout.

## Inhalt:

- S.2 (1) Erweiterter Parteivorstand am 20.6.2015
- S.3 (2) Parteikonvent am 20.6.15
- S.5 (3) Parteivorstand am 6.7.15
- S.9 (4) Pressestatement des SPD-Parteivorsitzenden am 6.7.15 nach dem Referendum in Griechenland
- S.10 (5) Vernetzungstreffen der Arbeitsgemeinschaften am 20.6.15 – vor der Sitzung des PV
- S.10 (6) Telefonkonferenz des 60 plus-Bundesvorstandes am 27.5.15
- S.11 (7) Sitzung des Bundesvorstandes am 24.6.15, Nürnberg
- S.13 (8) Fachkonferenz „Sterben in Würde – Sterbehilfe in der Diskussion“ am 24.6.15 in Nürnberg

- S.14 (9) 11. Deutscher Seniorentag und SenNova vom 2.-4.7.15 in Frankfurt
- S.16 (10) Aus den Landes- und Bezirksverbänden
- S.24 (11) 60 plus-Reise der SPD-Reiseservice in die Niederlausitz vom 27.-30.7.15
- S.25 (12) Interessantes zur Lektüre
- S.25 (13) Terminkalender

## **1) Erweiterter Parteivorstand am 20. Juni 2015 im WBH**

Die Sitzung dauerte eine knappe Stunde und fand – wohl wegen der zu erwartenden Debatte zur Vorratsdatenspeicherung - in einer etwas aufgeheizten Atmosphäre statt.

### **TOP 1: Vorbereitung des Parteikonvents:**

Geschäftsordnung, Ablauf etc. werden genehmigt und beschlossen.

#### **Antragslage:**

Der Vorsitzende der Antragskommission Olaf Scholz nimmt zur Vorratsdatenspeicherung Stellung und erklärt das Zustandekommen des Initiativantrags des Parteivorstandes „Einführung einer Speicherpflicht und Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten im Einklang mit Datenschutz und Grundrechten“. Der Antrag wird nach einigen Wortmeldungen – u.a. aus der AsJ und aus den Reihen der Parteilinken im PV – und einer erregten Debatte mit großer Mehrheit (incl. Ralf Stegner) angenommen.

Eine Resolution des PV zur Situation der Postbeschäftigten „Konzernumbau bei der Deutschen Post beenden“ wird beschlossen.

Bzgl. TTIP wolle man sich auf die geltende Beschlusslage beziehen.

### **TOP 2: Verschiedenes:**

Sigmar Gabriel beschließt die PV-Sitzung nicht, sondern hält es sich offen, je nach dem evtl. Ausgang des Parteikonvents den Vorstand gleich nach dem Konvent wieder einzuberufen.....

## 2) Parteikonvent am 20.6.15

- 1) Die im PV beschlossene Resolution zur Unterstützung der Postbeschäftigten wird nach einem Grußwort des Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrates der deutschen Post AG, Thomas Koczelnik, einstimmig beschlossen.
- 2) Der **Bericht des Parteivorsitzenden** beschäftigt sich u.a.
  - mit den aktuellen Streiks der Postbeschäftigten und der ErzieherInnen. Sie bräuchten unsere Unterstützung.
  - der Situation der Flüchtlinge. Hier sagte Gabriel Dank an die Ehrenamtlichen, die sich um die Flüchtlinge kümmern. Die Art, wie viele der EU-Staaten mit der Flüchtlingssituation umgehen, sei eine Schande für Europa. 18 Staaten verweigerten die Aufnahme von Flüchtlingen. (Stand Ende Juni)
  - der Krise in Griechenland. Sie müsse überwunden werden, aber nicht um jeden Preis. Es bestehe die Gefahr, dass sich Europa und die EU auseinander entwickle. In einer Reihe von Staaten kämen nationalistische Parteien an die Macht bzw. es sei einsteigender Einfluss dieser Parteien und ihres Gedankengutes erkennbar. Sorge mache da die Entwicklung in Großbritannien, Katalonien, Finnland und Schweden.
  - den Politikbereichen Familie, Frauen und Rente, wo überall die Handschrift der SPD im Regierungshandeln zum Wohle der Bevölkerung deutlich erkennbar sei.
  - der Notwendigkeit, bis zur nächsten Bundestagswahl 2017 Zukunftskompetenz zu entwickeln. Man müsse die Frage beantworten „Wie wollen wir 2025 leben?“.
- 3) Im **Bericht des Fraktionsvorsitzenden** lobt Thomas Oppermann die Arbeit der GroKo.
  - Man habe das Problem der kalten Progression gelöst, nun müsse die Erbschaftssteuer geregelt werden.
  - Soli und Bund-Länder-Finanzausgleich werde derzeit verhandelt.
  - Wichtig seien auch die Themen Freiheit und Sicherheit, denn die Wähler wollten einen handlungsfähigen Staat.

In der allgemeinen Debatte wurde insbesondere an den Äußerungen von Sigmar Gabriel zur Griechenlandkrise Kritik geübt.

- 4) Als Einstieg zur Antragsberatung redet Olaf Scholz für den umstrittenen Antrag zur **Vorratsdatenspeicherung**. Justizminister Heiko Maas stellt den Antrag im Detail vor. Der Antrag selbst ist in der Kürze hier nicht darstellbar. Er ist im Wortlaut unter 130/15 auf der SPD-Seite nachzulesen.  
Die Debatte, die sich schon im PV angekündigt hatte, setzte sich hier nun fort. Es gab viele Wortmeldungen und eine Reihe von Änderungsanträgen, u.a. von den Jusos, welche allerdings alle – z.T. mit knapper Mehrheit - abgelehnt wurden. Der Antrag wurde mit 124 ja, 88 nein bei 7 Enthaltungen angenommen.

Danach wurden Anträge zur **Stärkung der Alleinerziehenden**, zum **Wert der Arbeit** und zur **Beendigung der Lohndiskriminierung von Frauen**, zu **TTIP und CETA**, zur **Stärkung der Demokratie** und anderen Themen wie z.B. die Öffnung der Ehe diskutiert und beschlossen bzw. an den PV überwiesen. Die Zeit für diese Themen war wegen der langen Diskussion über das Thema Vorratsdatenspeicherung allerdings leider sehr kurz.

Das Beschlussbuch über die auf dem Konvent behandelten Anträge ist unter [https://www.spd.de/129492/20150622\\_parteikonvent.html](https://www.spd.de/129492/20150622_parteikonvent.html) im Internet zu finden.

- 5) Als Tischvorlage für die Delegierten gab es unter dem Titel „**Die SPD ist die Partei der Zukunft – Arbeitspaket zur Parteireform**“ noch eine Rote Mappe. Der Inhalt waren 6 Papiere, welche sicherlich beim WBH erhältlich sind:
- Ein Anschreiben der Generalsekretärin, in dem sie den **Evaluationsbericht der Orga-Kommission** (*gegen den die beiden nur beratend in der Orga-Kommission tätigen Vertreter der Arbeitsgemeinschaften protestiert hatten, weil u.a. die Ergebnisse des Workshops in Hannover nicht berücksichtigt wurden, was z.T. falsche Schlüsse nahelegt – sh. auch Bericht im letzten Newsletter Pkt.2 und Pkt.4*) und das im digitalen Beirat entwickelte **Grundlagenpapier „SPD – Die digitale Mitmachpartei“** einführt.
  - **Diskussionspapier** zur Fortsetzung der Parteireform „**DIE SPD IST DIE PARTEI DER ZUKUNFT**“. In ihm wird – z.T. auch wichtig für die AG 60 plus, deshalb genau lesen und die Augen und Ohren offen halten!!!! - angekündigt,
    - **künftig die Netzwerke besser zu nutzen:** „Wir müssen verstehen, welchen Wert die Kontakte und Netzwerke derjenigen haben, die bereits mit uns verbunden sind. Sie sind die Ausgangsbasis dafür mehr Menschen zu erreichen. Über unsere Mitglieder, die wir erreichen, wird der Kreis derjenigen, die wir erreichen können immer größer.“
    - **Die Menschen an politischen Entscheidungen besser zu beteiligen**, indem wir mehr übers Internet arbeiten wollen, Mitglieder begehren und Mitgliederentscheid künftig auch online-unterstützt zu gestalten, neben dem digitalen Antragsbuch eine Beschlussdatenbank zu schaffen, Online-Bürgerbegehren an die SPD auf Probe einzuführen.
    - **All dies mache Satzungsänderungen und Änderungen der Richtlinien nötig. (!!!!!!)**
    - **Mit den Menschen in unserer Nachbarschaft ins Gespräch zu kommen.** (sh. auch Bericht über die Nachbarschaftskampagne in den letzten Newslettern)
    - **Aufgaben einer modernen Mitgliederpartei:** Mitgliederwerbung als zentrale Aufgabe, Online-angebote schaffen, bedarfsgerechte dezentrale innerparteiliche Bildungsangebote schaffen, Rückhol-Management bei Parteiaustritten professionalisieren, in jedem Unterbezirk einen Mitgliederbeauftragten installieren.
    - **Eine bessere Zielgruppenansprache:** Man wolle die Menschen da abholen, wo sie kompetent sind. Dafür müsse mit den

Arbeitsgemeinschaften an einer besseren Ansprache ihrer Zielgruppen gearbeitet werden und alle Mitglieder (???) befragt werden, in welcher AG sie mitarbeiten wollten. Daneben müssten neue Wege gesucht werden, um mit Menschen zu Themen und Anliegen in den Dialog zu kommen.

- **Das Papier „Evaluation der Parteireform – Partei in Bewegung – Organisationpolitisches Grundsatzprogramm“** wurde (sh. frühere Newsletter) in der Orga-Kommission bei einer der letzten Sitzungen beschlossen. Es stellt die Grundlage für diverse andere organisationspolitische Papiere dar und sollte von uns sehr genau gelesen werden.
- **SPD – DIE DIGITALE MITMACHPARTEI –** Beschluss der Organisationspolitischen Kommission ist die Grundlage für die anstehende Online-Öffnung der Partei.
- **DIE SPD IST DIE PARTEI DER ZUKUNFT: PROZESS DER PARTEIREFORM –** Eine Einladung zur Diskussion: Diese Powerpoint-Präsentation kann unter [www.spd-link.de/partei-der-zukunft](http://www.spd-link.de/partei-der-zukunft) heruntergeladen werden und soll für die Diskussionen in der Partei genutzt werden.
- **Ein Aktionsblatt „Parteireform vor Ort“**, welches Anregungen für ein Tagesseminar zu dem Thema geben soll.

### **3) Parteivorstand am 6.7.2015 im WBH, Berlin**

#### **TOP 1: Berichte zur Lage.**

Hier ging es vorwiegend um **die Situation in Griechenland nach dem Referendum.**

**Sigmar Gabriel:** stellt dar, dass die griechische Regierung nach der Ablehnung des 2. Hilfspaketes, auf dem die Hilfsmaßnahmen vor dem Referendum gefußt hatten, nun sofort über neue Hilfe unter ESM-Bedingungen verhandeln wolle. Das wolle man aber nicht zulassen. Man bereite sich aber auf Humanitäre Hilfsprogramme für Griechenland durch die EU vor. Problematisch sei vor allem die Versorgung mit Waren, wo Griechenland auf Importe angewiesen sei (z.B. viele Medikamente), denn diese müssten in € gezahlt werden. Die SPD sei immer noch der Ansicht, man müsse verhandeln. Ein Schuldenerlass ginge allerdings nicht, auch weil er einen Präzedenz-Fall darstelle. Man müsse nun abwarten. Unser Ansatz müsse sein, dass die Hilfe zu verbesserten staatlichen Strukturen führen müsse. Ohne Investitionen könne eine Sparpolitik nicht zum Ziel führen.

**Oppermann:** Ein neues Hilfsprogramm für **Griechenland** könne er sich nur mit einem Eigenbeitrag der griechischen Regierung vorstellen, keine unkonditionierte Hilfe. Das wäre auch kein gutes Signal an andere.

Er erläutert auch den Sachstand

zu **Fracking:** Für konventionelles Fracking gebe es nun feste Regeln. Für unkonventionelles Fracking brauche man neue Regeln. Darüber gebe es in der Regierung noch keinen Konsens, deshalb das ganze Paket erst nach der Sommerpause.

Zur **Erbschaftssteuer:** Schäuble sieht hier eine Bedürfnisprüfung vor. Die SPD (Carsten Schneider MdB) habe einen Gegenvorschlag.

Zu **Neuerungen in der Fraktion**: Es gibt nun auch **neue Projektgruppen** in der Fraktion, die für den Perspektiv-Kongress der Partei im Oktober Zuarbeit leisten sollen. (Aus Gesprächen mit Abgeordneten geht allerdings hervor, dass diese parallel zu den bereits bestehenden Arbeitsgruppen und –kreisen der Fraktion arbeiten und außerdem sozusagen wieder bei Null anfangen.....)

In der darauf folgenden Diskussion geht es um die Stoßrichtung der künftigen Griechenlandpolitik. Die offizielle Version wurde in dem Pressestatement des Parteivorsitzenden niedergelegt, **an das sich die PV-Mitglieder nach außen zu halten hätten.....** (sh. auch z.K. **Punkt 4 dieses Newsletters** „**Pressestatement des SPD-Parteivorsitzenden am 6. Juli 2015 nach dem Referendum in Griechenland**“)

**Intern gab es eine erregte Debatte. Gabriel** betonte, er sehe keinen Grund, Zypas bzw. Varoufakis zu schonen. Eine Chance für ein Hilfsprogramm auf der Grundlage vor dem Referendum sehe er nicht. Die griechische Regierung spiele va banque. Ein Schuldenschnitt im Euro werde nicht funktionieren und sei rechtlich nicht möglich, sondern nur außerhalb des Euro. Ein Land, dessen Wirtschaftsstruktur auf Tourismus und Landwirtschaft fuße, könne vielleicht in der „fortschrittlichsten Währung der Welt“ nicht mithalten. Schäuble habe im Prinzip nicht unrecht. Merkel wolle „auf Sicht fahren“ und abwarten, wieviel Bestand die griechische Regierung hat. Präsident Hollands Initiative sei aus der Angst vor Marie LePen geboren. Es gebe zwischen Schäuble, Gauweiler und Zypas in einer Frage keinen Unterschied: Sie wollten kein 3. Hilfsprogramm.

90% der SPD-Wähler bzw. Mitglieder seien auch für eine harte Linie gegen die griechische Regierung. Deren Stimmung müsse man aufnehmen. Er wisse aber, dass das ein Ritt auf der Rasierklinge sei.

Viel Beifall erhielt **Ralf Stegner**, der seinem Ärger über die rein finanzpolitisch geführte Debatte Luft machte. Wir würden nur noch als Technokraten wahrgenommen. **Udo Bullmann MdEP** appellierte an alle, alles zu versuchen, um den Grexit zu vermeiden. Er glaube nicht an die Gesundung Kerneuropas unter diesen Bedingungen.

## **TOP 2: Impulspapier: Starke Ideen für Deutschland:**

Das inzwischen wohl an alle Untergliederungen der Partei verschickte Papier, welches allein wegen der Sprache aber auch wegen des Inhalts viel Widerspruch verdient, war im Präsidium verabschiedet worden und sollte nun im – u.a. wegen der „vorerückten Stunde“ um 14.00 Uhr sehr ausgedünnten - Parteivorstand ohne Debatte durchgewinkt werden, worüber einige Vorstandsmitglieder sich verwundert zeigten. Sigmar Gabriel stellte fest, **dass sich das Präsidium eine Debatte darüber in der Mitgliedschaft wünsche....** Einige verbliebene PV-Mitglieder verlassen daraufhin verärgert den Raum.

Das Papier selbst soll eine Grundlage für eine breite Diskussion über die Zukunft des Landes sein. Es soll Fragen anstoßen wie: „Wovon und wie wollen wir in 10 Jahren zusammen leben?“ „Wie sichern und schaffen wir auch in Zukunft in

Wohlstand, Sicherheit und Zusammenhalt?“ Es soll der Auftakt sein für die Diskussion innerhalb und auch mit der SPD, zu der auch alle interessierten Bürgerinnen und Bürger, Verbände und Organisationen der Zivilgesellschaft eingeladen sind.

Eine erste Auswertung soll Impulse für den Perspektivkongress im Herbst 2015 setzen. Die Diskussion soll dann danach auf dem Bundesparteitag im Dezember fortgesetzt werden. Es soll auch die Grundlage für die Programm-Debatte für die Bundestagswahl 2017 darstellen. Es grenzt nach Meinung vieler durch die Einschränkung auf die „Arbeitende Mitte“ viele Gruppen in der Bevölkerung (Rentner, Studenten, Arbeitslose etc.) aus und enthält missverständliche Sätze wie z.B. auf S.3 „Wir wollen einen Staat, der jeden einzelnen vor den Risiken schützen, die er alleine nicht abwehren kann. Arbeitslosigkeit und Krankheit gehören dazu und ein gutes Leben im Alter.“ Oder auf S. 7: „Die gesellschaftspolitischen Erfolge sind unübersehbar. Heute gibt es z.B. bekennende homosexuelle Politikerinnen und Politiker in allen politischen Lagern. Deutlicher kann sich der Fortschritt zu mehr Liberalität und Offenheit der Gesellschaft kaum ausdrücken. Oder die Tatsache, dass heute – anders als in der ersten Generation der Einwanderer - Deutsche mit türkischem Migrationshintergrund auch in allen Parteien zu finden sind. Auch wenn die SPD dadurch unter Einwanderern an Wählerstimmen einbüßt, für die Gesellschaft in Deutschland ist es ein großer Fortschritt. ....“ (Kommentar von Angelika Graf: *Es hätte dem Papier sicher gut getan, wenn einige Menschen, die nicht in den Büros des WBH sitzen und einen gesunden Menschenverstand haben, mal drüber geschaut hätten....*)

### **TOP 3: Planung Perspektivkongress 2015**

Der Perspektivkongress findet **am 11.10.2015 in der Mainzer Coface-Arena** statt. Am Abend des **10.11.15** wird zu einer **Vorabend-Party** im Schon Schön eingeladen.

Als Ablauf ist geplant:

10:00 – 10:10 **Sigmar Gabriel**: Begrüßung

10:10 – 10:40 **Malu Dreyer**: Wie wollen wir morgen zusammen leben?

10:45 – 12:15 **„Familien den Rücken stärken“** mit Manuela Schwesig, Uta Meier-Gräwe (angefragt), Marc Brost (angefragt)

#### **13:15 – 15:15 Parallele Workshops**

Workshop I	Unsere Wirtschaft – stark, nachhaltig, gerecht
Workshop II	Gute Arbeit braucht das Land
Workshop III	Gleichheit in Vielfalt
Workshop IV	Digital Leben
Workshop V	Sicher leben im Alter
Workshop VI	Neue Impulse für Europa
Workshop VII	Gute Bildung
Workshop VIII	Soziale Stadt in der sozialen Gesellschaft

Workshop IX	Leben in der Einwanderungsgesellschaft
Workshop X	Sicher zusammenleben
Workshop XI	Demokratische Kultur stärken
Workshop XII	Für eine gerechte und friedliche Welt

15:15 – 15.45 **Sigmar Gabriel**: Perspektiven für Wohlstand, Gerechtigkeit und ein gutes Leben

16:00 Ende der Veranstaltung

### **TOP 4 Personalia**

Das WBH hat einen Personalleiter: Er heißt Martin von Reinersdorff und war zuletzt Personalleiter bei der DB Fernverkehr AG Region Nord/Hamburg. Er ist seit 1990 Mitglied der SPD.

### **TOP 5 Vorbereitung Bundesparteitag**

#### **Einsetzung Antragskommission:**

Vorsitzender: Olaf Scholz,

(stimmberechtigte) Mitglieder: Doris Ahnen, Yasmin Fahimi, Elke Ferner, Peter Friedrich, Hubertus Heil, Dietmar Nietan, Manuela Schwesig

(beratende) Mitglieder: Angelika Graf, Kerstin Griesse, Gabriele Lösekrug-Möller, Florian Pronold, Thorsten Schäfer-Gümbel, (Ralf Stegner – hat für Angelika Graf seinen Platz geräumt), Johanna Ueckermann, Sascha Vogt, Ute Vogt

#### **Benennung der 8 VertreterInnen des Parteivorstandes**

**Aktualisierter Termin und Fristenplan** (ist sicherlich beim WBH erhältlich)

#### **Vorschlag Mandatsprüfungs- und Zählkommission**

### **TOP 6 Verschiedenes /Innovationsfond**

Der PV schreibt den Innovationsfond 2015 für Unterbezirke und Kreisverbände aus. Ziel ist es, besonders innovative Projekte und Veränderungsprozesse in der Parteiarbeit zu unterstützen und zu ermöglichen.

Der Innovationsfond fördert dazu Projekte, die neue Wege finden auf Bürgerinnen und Bürger sowie Initiativen zuzugehen, sie in politische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse einzubinden und die gesellschaftliche Verankerung der SPD zu festigen.

Projekte können mit bis zu 5000 € unterstützt werden.

Die Bewerbungsunterlagen können beim PV (evtl. Internet) bestellt werden.

Bewerbungsschluss für die Auswahlrunde 2015 ist der 11. Oktober 2015. Die Projekte müssen spätestens am 31. Dezember 2016 abgeschlossen sein.

**Leider sind Arbeitsgemeinschaften als Gliederungen nicht zugelassen, sondern müssen ihren UB bzw. Kreisverband von ihrem Projekt überzeugen, sodass dieser dann die Anmeldung übernimmt.**



#### **4) Pressestatement des SPD-Parteivorsitzenden am 6. Juli 2015 nach dem Referendum in Griechenland**

*„Wir akzeptieren die Entscheidung des griechischen Volkes. Die Bevölkerung in Griechenland hat unseren vollen Respekt für ihre demokratische Entscheidung.*

*Aber ich sage offen: mich macht die Lage, die jetzt durch das Referendum entstehen wird, traurig. Denn für die griechische Bevölkerung wird das Leben jetzt noch viel schwieriger. Die endgültige Zahlungsunfähigkeit des Landes steht unmittelbar bevor und das wirtschaftliche Leben wird vielerorts zum Erliegen kommen. Nach den gestrigen Feiern auf den Straßen droht jetzt ein böses Erwachen.*

*Die Gefahr ist groß, dass ich für die Menschen in Griechenland der Sieg der Regierung schnell in eine Niederlage verkehren kann. Vor rund 2300 Jahren sagte der griechische König Pyrrhus nach seinem Sieg über die Römer: „Noch so ein Sieg und wir haben verloren.“*

*Für mich ist deshalb klar: Europa darf die Menschen in Griechenland jetzt nicht im Stich lassen. Griechenland bleibt ein europäischer Mitgliedsstaat und ist nach dem Referendum mehr denn je zuvor auf die Solidarität aller anderen 27 Mitgliedsstaaten der EU angewiesen. Alle 27 EU-Länder müssen jetzt gemeinsam für humanitäre Hilfe bereit stehen. Wir müssen die Versorgung z.B. mit lebenswichtigen Gütern und Medikamenten aufrechterhalten.*

*Klar ist aber auch: Der Ausgang des Referendums ist eine Absage an die Regeln der Wirtschafts- und Währungsunion. Wir können jetzt nicht einfach so tun, als sei nichts gewesen und einfach weiter verhandeln.*

*Griechenland selbst ist nach dem Referendum ein zerrissenes Land. Sechs Jahre Rezession und zermürbende Auseinandersetzungen haben tiefe Wunden hinterlassen.*

*Jetzt ist für Europa der Moment inne zu halten. Für Griechenland, für die griechische Regierung brauchen wir einen grundsätzlichen Neuanfang. Die Politik der Rettungsprogramme hat trotz nie da gewesener Finanzhilfen nicht funktioniert. Da gab es manche Illusionen, auch bei den Gläubigern. Dazu gehören die Überschätzung der staatlichen Strukturen und der Reformbereitschaft vorangegangener Regierungen in Griechenland ebenso wie die Vorstellung, dass allein Sparprogramme ohne gleichzeitige Investitionen ein Land aus der Krise führen können. Bereits 26 Millionen Arbeitslose in ganz Europa zeigen uns, dass ohne massive Investitionen in Bildung, Forschung, Infrastruktur und Wachstum für eine viel zu große Anzahl von Menschen keine Perspektive entsteht.*

*Umso bitterer ist es, dass der Abbruch der Verhandlungen durch die griechische Regierung und das Ergebnis des Referendums ausgerechnet zu einem Zeitpunkt erfolgt, in dem Europa durch die gemeinsame Politik des neuen EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker und EU-Parlamentspräsident Schulz seine bisherige Politik ändert und endlich auch auf mehr Investitionen setzt.*

*Selbstverständlich müssen alle jederzeit zu neuen Gesprächen und Verhandlungen bereit sein. Aber diese Verhandlungen werden wieder voraussetzen, dass die Rahmenbedingungen für*

*die Zusammenarbeit in der Eurozone eingehalten bleiben. Ob Griechenland im Euro noch eine Zukunft hat, ist deshalb zur Stunde ungewiss. Wenn Griechenland im Euro bleiben will, muss die griechische Regierung schnell ein substantielles Angebot machen, das über ihre bisherigen Angebote hinausgeht und auch durch die anderen 18 Eurostaaten akzeptiert werden kann.*

*Denn auch die anderen 18 Mitgliedsstaaten sind Demokratien. Wir können nicht die Stabilität der Währungsunion in Gefahr bringen, indem Griechenland seine nationalen Interessen bedingungslos durchsetzt. Am Ende würde mit dem gleichen Recht jeder Mitgliedsstaat wie Griechenland Sonderrechte für sich beanspruchen. Das wäre das Ende der Eurozone und würde die Rückkehr des Nationalismus in die europäische Politik bedeuten.“*

## **5) Vernetzungstreffen der Arbeitsgemeinschaften am 20.6.15** **– vor der Sitzung des PV**

Musste wegen diverser Terminüberschneidungen (Delegationsbesprechungen, etc.) leider entfallen. Wird im Frühherbst nachgeholt, evtl. als Telefonschalte.

## **6) Telefonkonferenz des 60 plus-Bundesvorstandes am 27.5.15**

### **Tagesordnung:**

- **Begrüßung und Genehmigung des Protokolls von Bundesvorstands-/Bundesausschuss-Sitzung am 17./18.3.15 in Göttingen:**  
Protokolle werden genehmigt
- **Papier des WBH zu Rolle und Aufgaben der Arbeitsgemeinschaften**  
Das Papier ist ärgerlich und zeigt, wie wenig diejenigen, die es geschrieben haben, von den Arbeitsgemeinschaften halten bzw. verstehen. Wir sollten uns aber nicht nur auf dieses organisatorische Kleinklein konzentrieren, sondern dem PV deutlich sagen, dass es in der jetzigen Zeit wichtigere Themen als die in dem Papier angesprochenen gibt. Was aber nicht bedeuten soll, dass wir uns damit nicht beschäftigen müssen.
- **Nächster Bundesvorstand am 24.6.15 in Nürnberg**  
Es wird beschlossen, dass der nächste Bundesvorstand vor der Fachkonferenz zur Sterbehilfe in Nürnberg stattfindet.
- **Bundesvorstand/Bundesausschuss am 19./20. August 2015**  
Der Bundesvorstand bzw. die Bundesausschuss-Sitzung findet zum genannten Termin in Berlin statt.
- **Bundeskonferenz am 16./17. September 2015 (Kandidaturen u.a.)**  
Die Bundeskonferenz findet – wie schon angekündigt – in Rostock statt. Das bedeutet für einige Landesverbände schwierige An- und Abreise-Bedingungen.  
Bzgl. der Kandidaturen hat **Gesche Peters** (Schleswig-Holstein), deren Kandidatur noch in der Schwebe war, nun mitgeteilt, dass auch sie wieder

kandidieren wird. Damit steht fest, dass sich der „alte“ Vorstand komplett wieder zur Wahl stellt.

- **Fachkonferenz zusammen mit der AsJ „Sterben in Würde – Sterbehilfe in der Diskussion“** am 24.6.15 in Nürnberg.  
Zu dieser Konferenz – deren genaue Vorbereitung derzeit läuft - soll nicht nur bundesweit sondern gezielt auch in Bayern, Hessen und Thüringen eingeladen werden. Die Tagung findet im Karl-Bröger-Haus in Nürnberg statt. Es liegt fußläufig (5 Min.) von Südausgang des Bahnhofs entfernt.
- **Arbeitsprogramm 2015 – u.a. Fachkonferenz „Wohnen“** in der 30.KW  
Der Vorstand versucht, noch vor den Sommerferien eine Fachkonferenz zu diesem Thema zu veranstalten. Allerdings liegt die 30.KW schon in den Sommerferien des Bundestages und erfahrungsgemäß ist es dann schwierig, aus dem politischen Bereich Referenten zu gewinnen.
- **Deutscher Seniorentag 2015 – u.a. Standbesetzung**  
Die Standausstattung (incl. Material) wird vom Willy-Brandt-Haus übernommen. Die Standbesetzung wird von den Genossen aus Hessen übernommen. Angelika Graf wird aber während der ganzen Zeit des Seniorentages bzw. SENOVA anwesend sein. Norwin Dorn wird ebenfalls am Eröffnungstag anwesend sein.
- Verschiedenes

## **7) Sitzung des Bundesvorstandes am 24. Juni 2015, Karl Bröger-Zentrum, Nürnberg**

**Anwesend waren:** Angelika Graf, Peter Schöbel, Norwin Dorn, Gerd Groskurt, Jürgen Rischar und Tim Kaufmann vom WBH

**Entschuldigt waren:** Heidemarie Fischer, Lothar Binding, Reinhold Hemker, Gesche Peters (welche aber zur anschließenden Fachkonferenz anwesend war)

### **TOP 1: Vorbereitung der Veranstaltung „Sterben in Würde“**

Angelika Graf eröffnet um 12.05 Uhr die Sitzung und begrüßt die anwesenden Genossinnen und Genossen. Sie berichtet zunächst, dass eine dezentrale Veranstaltung wie jetzt hier in Nürnberg nicht unproblematisch sei. So habe es im Vorfeld doch einige kommunikative Schwierigkeiten gegeben. Sie werde deshalb eine dezentrale Veranstaltung nicht mehr vorschlagen und auch nicht unterstützen.

Die Veranstaltung „Sterben in Würde“ sei eine gemeinsame Veranstaltung von 60 plus und AsJ, bei der es vorwiegend auch um Rechtsfragen gehe. Es habe im Vorfeld Beschwerden gegeben, warum nicht auch jemand aus dem Bereich „Pflege“ mit im Podium vertreten sei. Angelika Graf hält die Entscheidung, dies nicht zu tun, für richtig, da sonst die Gefahr bestanden habe, dass die Veranstaltung zur einer „Pflegedebatte“ verändert worden wäre. Diese müsse bei einer anderen Veranstaltung geführt werden.

Sie informiert weiterhin darüber, dass von Seiten der SPD derzeit 3 Anträge (Gesetzentwürfe) zum Thema Sterbehilfe vorliegen und stellt diese in groben Zügen vor.

Für die Veranstaltung seien 65 Anmeldungen eingegangen.

## **TOP 2: Vorbereitung Bundeskonferenz in Rostock**

Angelika Graf informiert:

Die Planung der Abendveranstaltung (evtl. Schiffsfahrt) ist zur Zeit in Arbeit. Das Ergebnis wird rumgemailt.

Rosemarie Thiele (Mecklenburg-Vorpommern) habe nachgefragt, wann die Gruppe „Storch Heinar“ auftreten sollte. Der Bundesvorstand ist der Auffassung, dass der Abend des ersten Tages der Bundeskonferenz dafür der geeignete Zeitpunkt ist. Zeit des Auftrittes ca. 30 Minuten.

Der Landesverband Bayern habe nachgefragt, ob man die Konferenz wegen der langen Anreise nicht früher beginnen könne. Mit Rücksicht auf die anderen Landesverbände, die erst am ersten Konferenztag anreisen, ist dies nach Auffassung des Bundesvorstandes leider nicht möglich.

Angelika Graf berichtet weiterhin, dass sie noch keine Übersicht habe, was mit den Beschlüssen der Bundeskonferenz von Baunatal geschehen ist und wie und wann welche umgesetzt wurden. Dies sei in erster Linie Aufgabe des Willy-Brandt-Hauses, wobei sie darauf hinweist, dass Volker Edeling derzeit stark belastet sei.

**Der Bundesvorstand wird aufgrund der Diskussionen im Bundesausschuss nach der letzten Bundeskonferenz keinen Leitantrag vorlegen.**

## **TOP 3: Vorbereitung Seniorentag 2015 in Frankfurt**

Angelika Graf berichtet, dass sie Materialien für den Info-Stand der AG 60 plus auf dem Seniorentag bestellt habe, was ebenfalls nicht unbedingt zu den Aufgaben einer Vorsitzenden gehöre.

Peter Schöbel hat es übernommen, den Info-Stand zu personalisieren. Peter wird auch an dem Empfang des Oberbürgermeisters im Kaisersaal teilnehmen.

Angelika Graf dankt Peter Schöbel, ohne seine Unterstützung wäre vieles nicht möglich gewesen.

## **TOP 4: Termine und Verschiedenes**

Angelika Graf informiert den Vorstand über einen **Brief von Klaus Kaiser** (sh. „aus den Landesverbänden und Bezirken“) an die Mitglieder des Parteivorstandes, der Bundestagsfraktion und die Europaabgeordneten, worin die Haltung der Parteispitze zu Griechenland kritisch in Frage gestellt wird. Die vorgesehenen Kürzungen würden vor allem die Alten und Schwachen betreffen. Der Bundesvorstand schließt sich den Äußerungen von Klaus Kaiser vollinhaltlich an.

Die nächste Sitzung des Bundesvorstandes findet in Berlin statt.

Gesche Peters hat zwischenzeitlich ihre Kandidatur für den Bundesvorstand bekannt gegeben.

Walter Cremer hat angeboten, künftig das Layout für den Newsletter zu übernehmen. Dagegen bestehen keine Bedenken.

Jürgen Rischar

## **8) Fachkonferenz „Sterben in Würde – Sterbehilfe in der Diskussion“ am 24.6.15 in Nürnberg**

In der Debatte um die Sterbehilfe geht es vornehmlich um die Frage nach der Hilfe zur Selbsttötung. Suizid und auch die Hilfe zum Suizid sind in Deutschland aktuell nicht strafbar.

Es gibt derzeit mehrere Gruppenanträge im Deutschen Bundestag. Das Wesen von Gruppenanträgen ist, dass sich zur Erarbeitung der Anträge bzw. Gesetzentwürfe Abgeordnete verschiedener Fraktionen aus Regierung und Opposition zusammenschließen können und auch die Abstimmung bei den Fraktionen „freigegeben“ ist.

**Kerstin Griese**, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales und Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche, stellte auf der Konferenz den von ihr, dem CDU-MdB Michael Brand und anderen erarbeiteten Gesetzentwurf (Bundestagsdrucksache 18/5373) vor, für den sich anscheinend weit über 150 Abgeordnete bereits entschieden haben: Er sieht vor, die geschäftsmäßige Suizid-Assistenz durch Ärzte, Einzelpersonen oder Organisationen unter Strafe zu stellen. Es droht eine Geld- bzw. Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren. Dabei soll es egal sein, ob die Betroffenen mit Gewinnerzielungsabsicht oder karitativ handeln. Nur in Einzelfällen beziehungsweise durch Angehörige oder dem Sterbewilligen nahestehende Personen soll die Hilfe zur Selbsttötung erlaubt bleiben.

Die anderen drei zum Zeitpunkt der Konferenz vorliegenden Gesetzentwürfe wurden von der Nürnberger SPD-MdB **Martina Stamm-Fibich** (Mitglied im Gesundheitsausschuss) vorgestellt:

- Der Vorschlag von Patrick Sensburg MdB CDU, Thomas Dörflinger MdB CDU und anderen (Bundestagsdrucksache 18/5376) sieht eine radikale Änderung der Rechtslage vor: Anstiftung und Beihilfe zum Suizid sollen unter Strafe gestellt werden. Bei einer Verurteilung droht eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren. Die Gruppe weist in der Begründung allerdings darauf hin, dass die Beihilfe in „extremen Ausnahmefällen“ entschuldigt sein könnte, d.h. es würde keine Strafe verhängt.
- Ein Entwurf von Carola Reimann MdB SPD, Karl Lauterbach MdB SPD, Peter Hintze MdB CDU und ca. 100 Abgeordneten (Bundestagsdrucksache 18/5374) sieht vor, durch eine Änderung im Bürgerlichen Gesetzbuch die Suizidbeihilfe für Ärzte zu ermöglichen und zu regeln. Voraussetzung dafür soll u.a. eine irreversible, tödliche Krankheit sein, deren erwartbare Leiden ein Patient durch einen Suizid abwenden möchte. Damit sollen Verbote im ärztlichen Standesrecht umgangen werden. Regelungen im Strafgesetzbuch sieht dieser Vorschlag nicht vor.
- Auch der Vorschlag von Renate Künast MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Petra Sitte MdB /Die Linke) sowie etwa 50 Abgeordneten (Bundestagsdrucksache 18/5375) sieht vor, die bestehende Straffreiheit der Suizidbeihilfe fortzuschreiben. Davon umfasst ist auch die Beihilfe durch Ärzte als auch durch Organisationen, sofern sei keine

gewerbsmäßigen Absichten verfolgen. Der Vorschlag sieht nicht vor, auf bestimmte Krankheitskriterien abzustellen. Ein strafbewehrtes Verbot – bis zu drei Jahre Freiheits- oder Geldstrafe – sieht der Entwurf hingegen für gewerbsmäßige Sterbehilfe vor.

In ihren Beiträgen machten sowohl der **Jurist Prof. Dr. Dr. Eric Hilgendorf** von der juristischen Fakultät der Julian-Maximilians-Universität Würzburg als auch der **Palliativ-Mediziner Dr. med. Matthias Thöns** aus Witten deutlich, dass sie Anträge, die für Ärzte die Beihilfe zum Suizid generell unter Strafe stellt – also Veränderungen im Strafrecht beinhalten – für nicht zielführend halten. Der Mediziner stellte sogar fest, dass ihm dadurch die Möglichkeiten, die er jetzt hätte, Totkranke aus dem Leben zu begleiten, genommen würden.

Einig waren sich alle Podiumsteilnehmer, dass es zu weiteren Verbesserungen in der Palliativ-Medizin kommen müsse. Dies war auch die Meinung des Plenums. Die Wortbeiträge der Zuhörer machten zudem deutlich, dass viele sich im Falle einer Erkrankung, die große, mit der normalen Palliativmedizin nicht linderbare Leiden wie Ersticken etc. mit sich bringt, die Möglichkeit eines ärztlich begleiteten Suizids wünschten.

## **9) 11. Deutscher Seniorentag und SenNova vom 2.-4. Juli 2015 in Frankfurt**

Die Deutschen Seniorentage finden alle drei Jahre statt und richten sich an Menschen jeden Alters. In rund 100 Vorträgen und Diskussionsrunden sprechen Vertreterinnen



und Vertreter aus Politik, Verbänden und Wissenschaft über aktuelle Fragen, u.a. aus den Bereichen Gesundheit, Vorsorge, Verbraucherschutz, Wohnen, Sicherheit und Pflege. Bestandteil der Deutschen Seniorentage ist die Messe SenNova, bei der Produkte und Dienstleistungen für Menschen ab 50 Jahre präsentiert werden.

Der 11. Deutsche Seniorentag 2015 stand unter dem Motto **„Gemeinsam in die Zukunft!“**

Auf der Messe war **die AG 60 plus** wieder mit einem **Info-Stand** vertreten. Er wurde von den Hessischen GenossInnen und den Mitgliedern des Bundesvorstandes hervorragend betreut. Ihnen gebührt großer Dank! Die Bundesvorsitzende Angelika Graf war über die ganze Dauer des



Seniorentages anwesend.

Berichterstattungen allgemeiner Art über den Seniorentag und die Messe könnt Ihr unter [www.deutscher-seniorentag.de](http://www.deutscher-seniorentag.de) noch im Internet abrufen.

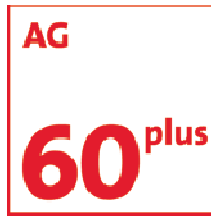
Unser **inhaltlicher Beitrag** zum Seniorentag hat sich – wie bereits berichtet - mit dem Thema „Wahlen“ befasst: Ältere Menschen sind treue Wähler. **Teilnahme an Wahlen ist Teilhabe an der Demokratie.** Dies ist oft schwierig. Stimmzettel sind oft riesig, manche Wahllokale nicht behinderten gerecht und die Briefwahl birgt die Gefahr des Missbrauchs. Am **4.7.2015** konnten wir deshalb eine Informations- und Diskussionsveranstaltung mit dem Titel **„Unser Wahlrecht – inklusiv genug für die älter werdende Gesellschaft?“** mit unserer ehemaligen Justizministerin **Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin** anbieten. Sie hat mit ihrem Kurzreferat mit dem Titel **„Wahlen in einer älter werdenden Gesellschaft: Probleme, Fragen und mögliche Antworten“** die Zuhörer zu vielen Fragen animiert. Angelika Graf, die die Moderation übernommen hatte, fand sich mit ihrer Skepsis gegenüber der weitverbreiteten Briefwahl in Heimen bestätigt und konnte für die künftige Arbeit der AG 60 plus wichtige Anregungen mitnehmen:

- Der Gang zum Wahllokal ist für viele der älteren Mitbürger ein wichtiger Weg in der Demokratie. Früher zog man sich dafür sogar festlich an. Die Briefwahl ist dafür kein wirklicher Ersatz. Ältere Menschen, die unter Mobilitätseinschränkungen leiden, brauchen deshalb die Hilfe der Gesellschaft, um ins Wahllokal zu kommen.
- Es sollten künftig in Heimen mobile Wahlämter eingerichtet werden oder verpflichtete Mitarbeiter der Wahlämter in die Heime gehen, um zu gewährleisten, dass Stimmzettel nicht manipuliert werden.
- Menschen dürfen wegen einer Demenz nicht generell vom Wahlrecht ausgeschlossen werden. Derzeit laufen Bemühungen, das Betreuungsrecht dergestalt zu ergänzen, dass Ersatzhilfen beantragt werden können.
- Jede/r sollte über eine Vorsorgevollmacht den Ausschluss der allgemeinen Betreuung regeln und auf der Höchstpersönlichkeit der Wahl bestehen.

Als **weiteren inhaltlichen Beitrag** konnte die AG 60 plus in Kooperation mit der Hilfsorganisation **HelpAge Deutschland** anbieten. Unter dem Titel **„Die Diskriminierung alter Menschen beenden“** gab es am 2.7.2015 eine Podiumsdiskussion. In ihr wurde der Frage nachgegangen, ob wir eine **Menschenrechtskonvention für Senioren** brauchen. Experten auf dem Podium waren: **Michael Bünte** (HelpAge Deutschland), **Claudia Mahler** (Deutsches Institut für Menschenrechte) und **Prof. Dr. Dr. Gisela Zenz**, welche sich das Thema „Pflege“ vorgenommen hatte. **Angelika Graf** moderierte die Veranstaltung. Die Podiumsteilnehmer waren sich einig in ihrer Forderung an die Bundesregierung, sich für eine solche UN-Konvention einzusetzen. Allerdings scheint die Bereitschaft dazu nicht wirklich ausgeprägt.

## 10) Aus den Landes- und Bezirksverbänden

### Nordrhein-Westfalen



Landeskonzferenz der AG 60plus in Gelsenkirchen:

**Wilfried Kramps** erneut zum Vorsitzenden gewählt.

Die Landeskonzferenz im Begegnungszentrum der Gelsenkirchener AWO wurde von Wilfried Kramps – vor mehr als 130 Delegierten – eröffnet. Nach den formalen Tagesordnungspunkten sprach die Gelsenkirchener Bürgermeisterin **Martina Rudowitz** ein Grußwort an die versammelten Seniorinnen und Senioren und lobte das ausführliche Programm der letzten beiden Jahre. Zusammen mit dem Gelsenkirchener Landtagsabgeordneten **Markus Töns** wünschten beide der Landeskonzferenz gute Beratungen und eine erfolgreiche Neuwahl des Landesvorstandes.

Der Landesvorsitzende der NRW Jusos – **Frederick Cordes** – war ebenfalls angereist und betonte in seinem Grußwort: *„Mein Eindruck war schon immer, dass wir – also Jusos und AG 60plus – in grundlegenden Fragen nah beieinander stehen. Zum Beispiel bei dem Thema der Generationensolidarität. Konkret bedeutet das für mich, dass wir der kommenden Generation nicht nur Kontostände, sondern eben auch Straßen, Brücken, Bibliotheken, Schwimmbäder, KiTas, Schulen, Universitäten – kurz: eine funktionierende öffentliche Infrastruktur vererben. Dazu benötigen wir heute Investitionen die auch dem Ziel der Umverteilung von oben nach unten gerecht werden. Insbesondere dann, wenn diese durch eine verantwortungsvolle und gerechte Steuerpolitik finanziert werden. Bei uns Jusos in NRW heißt das dann kurz und schmerzlos: „Unsere Zukunft gibt’s nicht für lau“!*

*Ich würde mich freuen, wenn wir es schaffen, dazu einen gemeinsamen Aktionstag im kommenden Jahr zu organisieren bei dem wir deutlich zeigen, dass die Konservativen nicht Generationen gegeneinander ausspielen können.“*

**Wilfried Kramps** bedankte sich für die Grußworte der SPD Repräsentanten und unterstrich für sich die hier genannten Gemeinsamkeiten. Für ihn sind die Themen: Altersarmut verhindern, Generationengerechtigkeit, Kommunalfinanzen, Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit (stärkere Besteuerung von Vermögenden und Großverdienern), Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur und Bildung die vorrangigen Themen für die Arbeit in der AG 60plus. Bei der anschließenden Wahl des Landesvorsitzenden wurde **Wilfried Kramps** mit großer Mehrheit für weitere zwei Jahre gewählt.

Es folgten die Vorstellungsreden der Kandidaten für das Amt der stellvertretenden Landesvorsitzenden.



**Walter Cremer** gab einen Rückblick auf die vergangenen zwei Jahre und betonte, dass die AG 60plus in NRW sich als Arbeitsgemeinschaft ein eigenes Profil erarbeitet hat, die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt und ein eigener Internetauftritt geschaffen wurde. Für die nächsten beiden Jahre möchte er den Dialogprozess mit Verbänden und Gewerkschaften weiter fortführen. Er betonte aber auch, dass wir als AG nicht das „Gewissen“ der SPD sein wollen – so als graue Eminenz im Hintergrund – wir wollen nicht nur unseren Finger heben wenn mal etwas aus unserer Sicht daneben läuft. Was wir wollen ist, dass wir als Arbeitsgemeinschaft der Älteren ernst genommen werden und als Partner in der SPD Anerkennung und Unterstützung finden.

**Friedhelm Hilgers** ging in seiner Vorstellungsrede auf die Einschränkungen ein, die die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschafts-Arbeit bundesweit erfahren habe und ebenso auf Versuche, die es über den Entwurf einer einheitlichen Richtlinie für die NRW-AG's gegeben habe, z.B. Konferenzgrößen und die Anzahl von Vorstandsmitgliedern zu reduzieren. Ein Zusatzproblem für die AG 60plus in NRW habe im geplanten Wegfall der gerade erst mit erweiterten Kompetenzen ausgestatteten Regionalebene bestanden.

Erfreulicherweise sei es aber in der vergangenen Amtszeit gelungen, solidarisch mit den anderen AGs eine solche Argumentationskraft aufzubauen, dass die Parteizentrale in Düsseldorf dieses Vorhaben zurückgezogen habe. Hilgers sieht gute Anzeichen dafür, dass im Rahmen der Projektgruppe „Fundament stärken“ beim Landesvorstand in der er die AG 60plus vertritt, die angestrebte Stärkung der Mitgliedsrechte auch die Arbeitsgemeinschaften inklusive einer ausreichenden technischen und finanziellen Unterstützung ihrer Arbeit einbezieht.

**Annemarie Pell** betonte in ihrem Beitrag, dass sie ihre beruflichen Erfahrungen aus verschiedenen Tätigkeiten in der Wirtschaft in die Arbeit des Landesvorstandes einbringen möchte. Auch will sie die Zusammenarbeit mit den NRW Seniorenvertretungen (LAGSO etc.) verstärken.

Alle drei Kandidaten wurden von den Delegierten als **stellv. Landesvorsitzende** gewählt.

Zum Schriftführer wurde *Klaus Krebber* gewählt.

Als Beisitzer im Landesvorstand wurden gewählt: *Wilfried Arendmeyer, Gisela Hümpel, Ingrid Jarzombeck, Hans-Werner Koch, Ulrike Krippendorf, Gerlinde Lauth, Ralf Weßelmann, Marie-Jeanne Zander.*

**Reinhold Hemker** – Mitglied des Bundesvorstandes der AG 60plus – stellte mit dem Vortrag „*Alt- na und!?*“ die Perspektiven und politischen Aktivitäten mit praktischen Beispielen vor, die sich aus dem 6. Altenbericht der Bundesregierung ergeben haben und als Aufgaben noch ergeben werden. Dabei ging er auf die besonderen Erkenntnisse der neueren Milieuforschung ein und die sich daraus ergebenden sehr unterschiedlichen sogenannten Altersbilder, die schon längst nicht mehr mit dem antiquierten Dreiklang „arm, krank, alt“ gekennzeichnet werden können. Er verwies auf die umfangreichen Aktivitäten bei der Wahrnehmung des bürgerschaftlichen Engagements und beschrieb mit praktischen

Beispielen untermauert das, was in den letzten Jahren bei vielen Fachveranstaltungen als „aktives Altern“ definiert wurde.

Die Landeskonferenz befasste sich anschließend ausführlich mit der Beratung der gestellten Anträge, die noch in einem „Beschlussbuch“ zusammengefasst werden.

*Walter Cremer*

## Rheinland-Pfalz

### **Die politische Verantwortung der AG SPD 60plus.**

In den Richtlinien für die AG SPD 60plus heißt es: „Die Älteren in der SPD schließen sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen. Ziel ist es, die Interessen der Älteren innerhalb und außerhalb der SPD zu vertreten, das Engagement der Älteren zu fördern und die Menschen für die sozialdemokratische Programmatik zu gewinnen“.

Der Arbeitsgemeinschaft SPD 60plus gehören automatisch alle SPD Mitglieder ab dem 60. Lebensjahr an, das sind circa 250.000 Mitglieder, Tendenz steigend. Der Gesamtmitgliederbestand der Partei beträgt zum Ende des Jahres 2014, laut Statistik, knapp 460.000 Mitglieder, Tendenz fallend. Diese Feststellung besagt, dass über 50 Prozent der Mitglieder der AG SPD 60plus angehören und damit kann man auch sagen, die Arbeitsgemeinschaft SPD 60plus ist die Mehrheit in der SPD, oder auch vereinfacht, **die AG SPD 60plus ist die SPD!**

Aufgrund dieser Mehrheitsverhältnisse hat die Arbeitsgemeinschaft nunmehr die Aufgabe und Verantwortung hinsichtlich der Gestaltung, hinsichtlich der Wahrnehmung der politischen Agenda der SPD!

Sie darf sich also nicht nur um die (sozialen) Belange der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger kümmern, nein, sie muss auch die politischen Vorstellungen der älteren Generation artikulieren, und sie muss auch für die Politik der SPD eintreten, dabei die Themen und die Positionen der Sozialdemokratie diskutieren und dabei werbend sich sowohl für innerparteiliche, als auch für gesellschaftliche Mehrheiten engagieren.

#### **Die Strukturprobleme der AG SPD 60plus.**

Natürlich sind die jüngeren Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft meist noch (kommunal)-politisch aktiv. Sie werden auch noch in den politischen Gremien dringend gebraucht und haben dadurch wenig Zeit sich entsprechend in der AG SPD 60plus einzubringen. Und die älteren Mitglieder ab 70plus, haben sich Jahrzehnte in der Kommunalpolitik, in der aktiven Parteiarbeit engagiert, sie sind durch die zahllosen Debatten und Diskussionen, durch die nervenaufreibenden, stundenlangen Sitzungen und durch eine Vielzahl von Veranstaltungen müde geworden, sie möchten ausspannen, sich nicht mehr so aktiv mit der Politik befassen.



Und dazu kommt, dass der Körper, die Gesundheit, jahrelang überfordert, nicht zuletzt aufgrund der ehrenamtlichen Tätigkeiten, nicht mehr so fit ist, und dass auch, das ist nun mal bei älteren

Menschen so üblich, die eigenen Probleme immer mehr als vorrangig betrachtet werden, dass die Unzulänglichkeiten bei der sozialen und ärztlichen Versorgung als prekär, als dringende Verbesserungsfähig empfunden werden.

Darum ist es ein gewisses Manko der Arbeitsgemeinschaft SPD 60plus, dass die Politik vorrangig als Seniorenpolitik empfunden wird. Doch wir müssen über den Tellerrand schauen. Wir müssen uns einbringen bei der Lösung von Problemen der Zukunft, die wir wohl selber nicht mehr erleben werden, die Zukunft unsere Enkel und Urenkel. Politik heißt immer die Zukunft gestalten, und wir sollten, ja, wir müssen heute schon versuchen, die Weichen für die Zukunft der nachfolgenden Generationen richtig zu stellen. Und da sind wir Älteren mit unseren Erfahrungen gefragt!

### **„Unser Land von Morgen“ ist die Zukunft für Rheinland-Pfalz.**

Wir älteren Sozialdemokraten der AG SPD 60plus im Landesverband Rheinland-Pfalz, werden uns in die kommende Landtagswahl konstruktiv einbringen. Wir werden mit einem Wahlkampf-Flyer bei den Infoständen dokumentieren, dass: „Unser Land von Morgen“, unter Malu Dreyer als Ministerpräsidentin, das Ziel der Altersgenossinnen und Altersgenossen der AG SPD 60plus ist. Wir werden mit einer progressiven Ausrichtung unserer Berichte auf unserer Homepage, die Politik und die politischen Ziele der SPD in Rheinland-Pfalz erläutern, sodass jeder mit diesen Informationen Gespräche mit seinen Freunden, seinen Arbeitskollegen und seinen Nachbarn über die Vorstellungen der SPD, über: „Unser Land von Morgen -- unser Rheinland-Pfalz von Morgen“, führen kann.

Wörrstadt, dem 24. Juni 2015

*Heinrich Keuper*

## **Sachsen-Anhalt**

### **AG 60plus wählte neuen Vorstand**

Am 30. Juni wählten die 60plus Mitglieder des Landesverbandes im Roncalli Haus Magdeburg anlässlich ihrer Landeskonferenz den neuen Vorstand. Alter und neuer Vorsitzender ist Norwin Dorn vom Stadtverband Halle. Dr. Eckehart Beichler aus Sommersdorf, Altmark wurde wiederum einstimmig als erster Stellvertreter gewählt. Komplettiert wird das „Spitzentrio“ durch den erstmals zur Wahl angetretenen Wilfried Reiß aus der Lutherstadt Eisleben. Acht Beisitzerinnen und Beisitzer vervollständigen den Landesvorstand.

Als Gäste konnten der Bezirksvorsitzende Braunschweig, Genosse Wolfgang Welge sowie unsere Juso Landesvorsitzende Tina Rosner begrüßt werden. Landtagsvizepräsident Gerhard Miesterfeld ließ in seiner Begrüßungsansprache mit launigen Worten die letzten 25 Jahre politischer Arbeit Revue passieren und mit einem optimistischen Ausblick auf das Wahljahr 2016 enden.

Im inhaltlichen Teil der Konferenz behandelten die Mitglieder mit ihren Anträgen an Land und Bund wichtige Themen zu den Schwerpunkten Schulschließungen und Gesundheitspolitik im ländlichen Raum, bürgerschaftliches Engagement und rechtliche Regelung von Seniorenvertretungen, um den Wortbekenntnissen offizieller Politik zur Rolle der Älteren in der Gesellschaft einen glaubwürdigen Rahmen zu gebe.

**Niedersachsen/Bezirk Hannover**

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**, UB Region Hannover

**Arbeitsgemeinschaft 60 plus**

An den Mitglieder des SPD Bundesvorstandes

An die SPD Abgeordneten im Deutschen Bundestag

An die SPD Abgeordneten im Europäischen Parlament

**Griechenland und kein Ende**

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit großem Befremden verfolgen wir die seit längerem andauernde Diskussion um die Krise in Griechenland und die neoliberalen Lösungsvorschläge bzw. Forderungen an Griechenland. Unsere Partei setzt sich seit mehr als 150 Jahren für die Rechte der Arbeitnehmer ein, dass wir Vorschlägen mit Lohn- und Rentenkürzungen nichts entgegenhalten sondern diese sogar unterstützen ist für uns nicht nachzuvollziehen.

Es ist sicher richtig dass die griechischen Regierungen in den letzten Jahrzehnten viele Gelder verschwendet und sich und ihre Klientel bereichert haben, auch die mit uns befreundete Passok kann man nicht ausnehmen, dass kann und darf aber nicht dazu führen dass wir unsere Ideale verraten und wir Armut in Griechenland wissentlich fördern wollen.

Wir fordern Euch eindringlich auf bei den Lösungsvorschlägen für die Griechische Krise auf Forderungen nach Lohn- und Rentenkürzungen zu verzichten. Stattdessen muss sichergestellt werden, dass in Griechenland eine funktionierende Steuerverwaltung eingeführt wird die die Vermögenden auch entsprechend belastet. Da dies aber nur eine langfristige Lösung sein wird ist jetzt auch eine Schuldenkonferenz erforderlich in der über Tilgungsaussetzung und Tilgungsstreckung der Kredite zu verhandeln ist,

Deutschland ist nach 1945 nur deshalb so stark geworden weil wir neben den Marshall Plan Hilfen auch über eine Schuldenkonferenz entlastet wurden.

Es ist auch an der Zeit über die Folgen der NS-Herrschaft zu reden und für die persönlich betroffenen bzw. deren Hinterbliebene Entschädigungsleistungen zu vereinbaren. Diese dürfen jedoch auf keinen Fall an den griechischen Staat gehen und erst Recht nicht mit den gegenwärtigen Schulden verrechnet werden, Diese sind nur individuell für die Betroffenen vorzusehen, sie haben nichts mit der Schuldenkrise zu tun. Wir schämen uns dafür dass wir dies immer noch nicht gelöst haben.



AG60plus UB Region Hannover

### **Unterbezirkskonferenz SPD 60 plus Unterbezirk Steinfurt (NRW)**

#### **Ein vorrangiges Ziel: AG 60plus im Kreis Steinfurt für eine gerechte Politik zwischen den Generationen**

Ziel der Sozialdemokratie ist eine gerechte Verteilung von Ressourcen und Eigentum zwischen den Menschen, somit auch zwischen den Generationen. Unser Ziel ist eine Politik, in der Generationen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern miteinander die Zukunft gestalten.

Die AG 60 plus wird auf dieser Idee aufbauend im SPD-Unterbezirk Steinfurt auf die Jungsozialisten zugehen mit dem Ziel, eine gemeinsame Arbeitsgruppe einzurichten, die sich anhand einiger Themenbereiche mit einer generationsgerechten Politik auseinandersetzt. Daraus werden folgende Thesen vorgeschlagen.

#### **Arbeit**

- Computer und andere technische Hilfsmittel ersetzen perspektivisch Arbeitsplätze und fördern damit einen sinkenden Bedarf menschlicher Arbeitskraft. Die Digitalisierung kann nicht gestoppt werden und ist nicht nur Bedrohung sondern muss auch als Chance gesehen werden. Dazu muss geklärt werden, wie man mit der frei werdenden Arbeitskapazität umgeht. Ein großer Teil der heute erbrachten Arbeit wird unentgeltlich geleistet. Diese wird auch in Zukunft benötigt und muss entsprechend entlohnt werden. Darüber hinaus sind die Rahmen für ehrenamtliche Arbeiten zu verbessern.

- Wir wollen, dass Lebensarbeitszeitkonten grundsätzlich eingeführt werden und die Lebensarbeitsdauer insgesamt verringert wird.
- Die Arbeit soll angemessen auf die vorhandenen Erwerbstätigen aufgeteilt werden, um alle Erwerbstätigen in Vollzeit oder, wenn von ihnen gewünscht, in Teilzeit zu bringen.
- Betriebliche Altersversorgung muss für alle ArbeitnehmerInnen durch der/die ArbeitgeberIn finanziert werden.
- Von den Gewinnen der Unternehmen müssen auch deren ArbeitnehmerInnen anteilig partizipieren (Arbeitnehmer/innen am Gewinn beteiligen). Die alten Forderungen nach Maschinensteuern und Vergesellschaftung vor allem in Bereichen der Daseinsfürsorge und der Militärtechnologien sind grundlegend neu zu diskutieren.
- Die Umsetzung der Reichen- und Vermögenssteuer muss wieder Ziel der SPD sein.
- Praktika sind grundlegend zu vergüten. Kein Praktikum darf länger als drei Monate dauern, soweit dies die dafür zuständige Ausbildungsordnung nicht anderes fordert, und Kettenverträge sind auszuschließen.
- Das System des Minijobs ist abzulehnen. Jede Arbeitsstunde muss sozialversicherungspflichtig abgesichert sein.
- Das System der Zeitarbeit muss streng reguliert werden. Es muss sichergestellt werden, dass die Zeit- und Leiharbeiter mindestens dieselben Leistungen wie die Stammbeschaft bekommen.
- Die sachgrundlose Befristung ist abzuschaffen. Der Missbrauch von begründeten Befristungen ist zu unterbinden.
- Angemessener Mindestlohn für alle, ohne Ausnahme! Jede/r ArbeitnehmerIn soll von seiner/ihrer Arbeit leben können.

### **Sozialversicherungssysteme**

- Die gesetzliche Rentenversicherung muss wieder zu einer lebensstandardsichernden Altersversorgung werden. Dies ist durch eine angemessene Beitragsleistung im Rahmen der Produktivitätssteigerung machbar. Darüber müssen alle Arten von Einnahmen (Mieten usw.) bei der Beitragsberechnung mit eingerechnet werden.
- Eine nicht abnehmende Bevölkerungszahl, sondern die zu geringe Anzahl angemessen bezahlter Vollzeitarbeitsplätze stellt das Hauptproblem der gesetzlichen Rentenversicherung dar.
- Die staatliche geförderte zusätzliche private Altersversorgung muss unter dem Dach der gesetzlichen Rentenversicherung erfolgen.
- Alle abhängig Beschäftigten (auch BeamtenInnen) und kleine Selbstständige müssen in die Kranken- und gesetzliche Rentenversicherung (BürgerInnenversicherung). Für ein funktionierendes Sozialversicherungssystem wollen wir die Beitragsbemessungsgrenze anheben.
- Die Kranken- und Pflegeversicherung muss wieder paritätisch zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer finanziert werden.
- Die Berechnungsformel zur Berechnung der Rente soll sich nicht mehr durch die später eingeführten Reduktionsfaktoren verschlechtern können. Diese müssen schnellstens entfallen, damit wieder eine lebensstandardsichere Rente erreicht wird.

### **Steuersysteme**

- Die Umsetzung der Reichen- und Vermögenssteuer muss wieder Ziel der SPD sein.
- Die Erbschaftssteuer muss so umgesetzt werden das sie wirkungsvoll ist
- Das Steuersystem muss vereinfacht werden und dabei verstärkt Gerechtigkeitslücken schließen.

### Bildung

- Frühkindliche Bildung: kostenfreie Kindergärten für alle Leben von Inklusion, Abschaffung der „Herdprämie“
- Schulische Bildung: eine inklusive ganztägige Gemeinschaftsschule, bundeseinheitliche Bildungsstandards, Abschaffen des Kooperationsverbotes, informelles Lernen anerkennen, Lernmittelfreiheit, Schule soll soziale Kompetenzen, Demokratie und Mündigkeit vermitteln. Es muss mehr praxisbezogenen Unterricht zur Unterstützung der SchülerInnen bei deren Berufsorientierung geben.
- Die Aufwertung der beruflichen Bildung soll durch eine einheitliche Mindestvergütung, bessere Abschlüsse, berufliche Perspektiven und die Abschaffung von Schulgeldern erfolgen.
- Hochschule: Bafög als Vollzuschuss, mehr gesellschaftlichen Praxisbezug, offener Zugang, soziale Infrastrukturen ausbauen, wie Wohnheime, Mensen usw..
- Private Weiterbildungseinrichtungen sind einer laufenden staatlichen Qualitätskontrolle zu unterziehen, mehr Anreize für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen, lebenslanges und nachberufliches Lernen stärken, Abendgymnasien und Hessen-Kolleg fördern

### Pflege und Gesundheit

- Wir wollen eine selbstbestimmte menschenwürdige Gesundheitsversorgung und Pflege als Vollversorgung, einen angemessenen Personalschlüssel sowie eine kontrollierbare eigene Bewirtschaftung des Pflegebudgets.
- Die Arbeit des Personals soll durch ein besseres Entgelt, mehr Aufstiegsmöglichkeiten sowie Entlastung von übermäßiger Dokumentationsarbeit anerkannt bzw. gewürdigt werden.
- Das Abrechnungssystem bzw. die Fallpauschale haben sich nicht bewährt und muss entsprechend verändert werden.
- Es soll geprüft werden, ob die Ärztekammern noch notwendig bzw. sinnvoll sind oder ob sie durch eine bzw. mehrere andere Organisationen ersetzt werden sollten
- **Die AG SPD 60 plus im Kreis Steinfurt bittet den SPD-Unterbezirks-Vorstand , im Rahmen eine Arbeitsgruppe mit VertreterInnen aller AG's zu berufen, die Grundlagen für ein zukunftsfähiges und intergenerationenorientiertes Grundsatzprogramm erarbeiten soll. Eine solche Arbeitsgruppe sollte sich weitestgehend -an den mit diesem Antrag zum Ausdruck gebrachten Vorschlägen orientieren.**



## 11) 60-Plus-Reise des SPD-Reiseservice in die Niederlausitz vom 27.7.-30.7.15

Leider konnte Angelika Graf nur einen Tag an dieser sehr interessanten Reise teilnehmen. Sie



erhielt jedoch gute Einblicke in die Versöhnungsarbeit an der deutsch-polnischen Grenze in Guben/Gubin. Die Region hat große demografische Probleme und kämpft sowohl auf der deutschen als auch auf der polnischen Seite mit der Abwanderung der Bevölkerung. In den letzten 20 Jahren hat sich z.B. auf der deutschen Seite in Guben von 30.000 Einwohnern auf 16.000 verringert. Die Entwicklung im polnischen Teil der nach dem Krieg geteilten Stadt, die früher ein Schwerpunkt der norddeutschen

Tuch- und Hut-Produktion war, ist ähnlich.

Auf der polnischen Seite in Gubin steht – ein Zeichen für den früheren Reichtum der Gegend – die Ruine einer von der SS in den letzten Kriegstagen in Brand gesteckten riesigen dreischiffigen frühgotischen Kirche, welche seit einigen Jahren durch eine Initiative von Deutschen und von Polen restauriert und einer neuen Nutzung als Stätte der Begegnung zugeführt werden soll. Das die Kirche dann wieder überspannende Dach soll etwa 10 Mio. € kosten. Der Förderverein sammelt in Deutschland und in Polen dafür, rechnet aber mit ca. 25 Jahren bis zur Verwirklichung. Einer der Initiatoren ist der SPD-Fraktionsvorsitzende von Guben, Günter Quiel.



Näheres unter: Förderverein zum Wiederaufbau der Stadt- und Hauptkirche in Gubin – Spendenkonto 350 215 0000, Sparkasse Spree-Neisse (BLZ 18050000) Verwendungszweck: „Stiftung“

Wunderschön auch der **Abend im Spreewald**: Alle 280 Teilnehmer der Reise hatten ihren Spaß, denn der Abend war lau, das Essen prima und die Musik super. Und so viele nette 60plusser!!!!





## **12) Interessantes zur Lektüre**

„Das Parlament“ [www.das-parlament.de](http://www.das-parlament.de) vom 6.Juli 2015 mit einer ausführlichen Berichterstattung über die Sterbehilfe-Gesetzentwürfe, die im Bundestag beraten werden.

„Das Parlament“ [www.das-parlament.de](http://www.das-parlament.de) vom 22.Juli 2015 mit einer ausführlichen Berichterstattung über das Thema „Homo-Ehe“, den Volksaufstand in der DDR und die Entwicklung in China

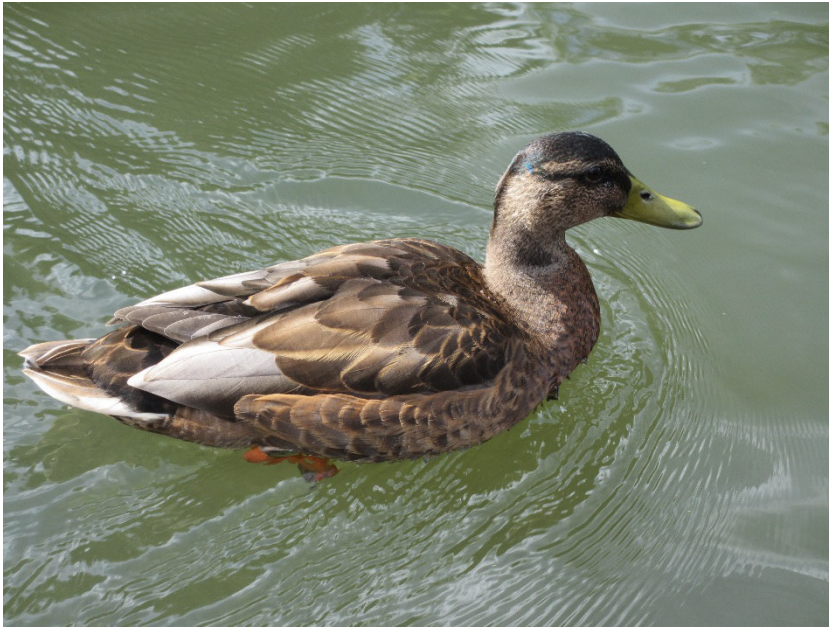
„Welternährung“, die Zeitung der Welthungerhilfe [www.welthungerhilfe.de](http://www.welthungerhilfe.de) stellt Fragen über das „Gipfeljahr 2015“ und den Mut der Regierungen, angesichts der weltweiten Katastrophen internationale Interessen im Blickwinkel zu haben.

## **13) 60 plus-Termine**

der Bundesvorsitzenden bzw. von Mitgliedern des Bundesvorstandes

<b>19. August</b>	<b>Bundesvorstand, Berlin</b>
<b>20. August</b>	<b>Bundesausschuss, Berlin</b>
<b>31. August, 12.30 Uhr</b>	<b>Parteivorstand, Berlin</b>
<b>7. September</b>	<b>Vorwärts-Sommerfest, Berlin, Kultur-Brauerei</b>
<b>15. September</b>	<b>Bundesvorstand 60 plus, Rostock</b>
<b>16./17. September</b>	<b>Bundeskonzferenz 60 plus in Rostock</b>
<b>24. September, 14.30 Uhr</b>	<b>Themenlabor“ Sicherung im Alter“, Berlin</b>
<b>26. September</b>	<b>Ost-Konvent, Magdeburg</b>
<b>28. September, 14.30 Uhr</b>	<b>Parteivorstand, Berlin</b>
<b>17. Oktober</b>	<b>1. Perspektivkongress, Berlin</b>
<b>19. Oktober, 11.45 Uhr</b>	<b>Erweiterter Parteivorstand, Berlin</b>
<b>31. Oktober, 10.30 Uhr</b>	<b>Organisationskommission des PV</b>
<b>2. November</b>	<b>Parteivorstand, Berlin</b>
<b>23. November</b>	<b>Parteivorstand, Berlin</b>
<b>25./26. November</b>	<b>BAGSO-Mitgliederversammlung</b>
<b>9. Dezember</b>	<b>erweiterter Parteivorstand</b>
<b>10./11. Dezember</b>	<b>Bundesparteitag, Berlin</b>

**Der Bundesvorstand 60 plus wünscht Euch eine schöne Sommerzeit!**



**30. September: Der neue Newsletter erscheint.**

**Redaktionsschluss 22.9.15**

**Um kurze Beiträge in „word“ – nicht pdf! - aus den Landesverbänden und Bezirken wird auch diesmal wieder gebeten.**